

Wie versuchen Rechtsextremist:innen neue Mitglieder zu gewinnen?

Rechtsextremist:innen versuchen gezielt, durch **Hass und Hetze gegen Minderheiten und politische Gegner** und den Aufbau von Feindbildern eine Frontstellung der Bürger:innen gegen den demokratischen Staat zu etablieren. Das Ziel rechtsextremistischer Propaganda ist die **individuelle und kollektive Radikalisierung**, indem über gesellschaftspolitische Diskussionen Einfluss auf die Meinung von Einzelpersonen und somit auf Stimmungen in der Gesellschaft genommen wird. Rechtsextremist:innen gelingt es dabei, unter anderem mit „weicheren“ Formulierungen oder dem Weglassen von verfassungsfeindlichen Positionen, sich in aktuelle politische Diskussionen einzubringen und ihre **fremden- sowie speziell islam- und muslimfeindlichen Positionen** zu verbreiten. Vielfach versuchen Rechtsextremist:innen, sich in demokratisch legitimierte Proteste einzubringen und diese für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. Organisationen und feste Strukturen haben für die Rekrutierung neuer Mitglieder im Rechtsextremismus kaum noch eine Relevanz. Primär nutzen Rechtsextremist:innen gezielt die Möglichkeiten der virtuellen Vernetzung, lancieren Kampagnen und streuen **Desinformationen**. Medienbeiträge werden selektiv und oft verzerrt verbreitet, um Stimmung gegen Geflüchtete, die gewählten Vertreter:innen und politisch Andersdenkende zu machen.

Besonders jüngere Menschen werden über diverse virtuelle Plattformen mit rechtsextremistischen Ideologieelementen konfrontiert.



„Reichskriegsflaggen“ dienen Rechtsextremist:innen als Ausdruck ihrer antidemokratischen Weltanschauung

Was mache ich, wenn sich jemand in meiner Umgebung möglicherweise radikalisiert?

Verdächtige Wahrnehmungen können dem Landesamt für Verfassungsschutz Bremen (LfV) über die E-Mail-Adresse

office@lfv.bremen.de

mitgeteilt werden.

Selbstverständlich können Ihre Hinweise auch vertraulich behandelt werden. Der Verfassungsschutz unterliegt, anders als Polizei und Staatsanwaltschaft, keinem Strafverfolgungszwang.

Das LfV arbeitet eng mit den bremischen Präventionsangeboten im Kontext von Extremismus zusammen und kann bei Bedarf weitervermitteln.

Wo finde ich weiterführende Informationen zum Thema Rechtsextremismus?

Detaillierte Informationen finden sich im Bremer Verfassungsschutzbericht unter:

www.verfassungsschutz.bremen.de

Des Weiteren steht das Landesamt für Verfassungsschutz für Rückfragen und Vortragsanfragen unter folgenden Kontaktdaten zur Verfügung:

Telefon: 0421 53 77-0

E-Mail: office@lfv.bremen.de

V.i.S.d.P.:

Der Senator für Inneres und Sport
Landesamt für Verfassungsschutz
Contrescarpe 22-24
28203 Bremen

Fotos: LfV, picture alliance

Druck: AlsterWerk MedienService GmbH, Hamburg



RECHTSEXTREMISMUS

THEMENHEFT VOM LANDESAMT
FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ

Was ist Rechtsextremismus?

Rechtsextremismus ist eine Weltanschauung, die sich vor allem **gegen die fundamentale Gleichheit aller Menschen** richtet. Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Rassismus und Revisionismus sind wesentliche Merkmale rechtsextremistischer Ideologie.

Rechtsextremist:innen sind der Überzeugung, dass die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder Rasse über den Wert eines Menschen entscheidet und Menschen, die nicht ihrem ideologischen Weltbild entsprechen, (Grund-)Rechte verwehrt bleiben sollen. Das Ziel aller Rechtsextremist:innen besteht darin, den **demokratischen Rechtsstaat** mit seiner pluralistischen Gesellschaftsordnung durch einen ethnisch homogenen Staat oder eine Volksgemeinschaft zu **ersetzen**.

Welche Strömungen gibt es im Rechtsextremismus?

Rechtsextremismus zeigt sich in unterschiedlichen Erscheinungsformen, vom parteiförmigen, neonazistisch und subkulturell geprägten bis zum virtuellen Rechtsextremismus. Generell kann zwischen der „Alten Rechten“ und der „Neuen Rechten“ unterschieden werden: Während die „**Alte Rechte**“ sich primär über den historischen Nationalsozialismus, einen völkischen Rassismus sowie Geschichtsrevisionismus definiert, bezieht sich die „**Neue Rechte**“ primär (aber nicht ausschließlich) auf den Ethnopluralismus. Dieser teilt Menschen anhand ethnischer und kultureller Faktoren einen Wert zu, dem Individuum kommen ausschließlich (Menschen-)Rechte aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einem ethnokulturellen Kollektiv zu. Das Konzept des Ethnopluralismus läuft jedoch ebenso wie das Konzept der Volksgemeinschaft im Wesentlichen auf die Idealvorstellung eines ethnisch homogenen Staates hinaus, in dem sich das Individuum sowohl auf politischer als auch auf gesellschaftlicher Ebene dem Kollektiv unterordnet.

Verbindende Merkmale sind die **Überbetonung der nationalen Zugehörigkeit**, der Bezug auf eine **Ideologie der Ungleichwertigkeit**, die Menschen ausgrenzt, die außerhalb ihrer definierten Volksgemeinschaft stehen sowie die **Ablehnung pluralistischer Werte und Normen**.

Rechtsterrorismus

Die geplante und gezielte Mordserie der rechtsterroristischen Gruppierung „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die rechtsterroristischen Attentate in Halle (9. Oktober 2019) und Hanau (19. Februar 2020) sowie die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten (2. Juni 2019) zeigen eindrücklich die große Gefahr, die von sich radikalierenden rechtsterroristischen Täter:innen und Kleingruppen ausgeht. Die **Attentate** sind Ausdruck der dem Rechtsextremismus unterliegenden **menschenverachtenden Ideologie** und sollen dazu führen, durch die Ermordung ihnen missliebiger Personengruppen und den **Aufbau einer Droh- und Angstkulisse** den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Vertrauen in den demokratischen Rechtsstaat zu erschüttern.

Durch die **vielfältigen virtuellen Vernetzungsmöglichkeiten** steigt die Gefahr eines **sich radikalierenden Personenpotenzials**. Die große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden besteht darin, rechtsextremistisch motivierte Personen oder Kleingruppen, die sich im Verborgenen im Internet und in sozialen Netzwerken radikalieren, jedoch keine (enge) organisatorische Anbindung an die rechtsextremistische Szene aufweisen, zu identifizieren und die Gefahr weiterer rechtsterroristischer Attentate in ihren Anfängen einzudämmen.



Extremisten unterschiedlicher Couleur erstürmten während einer Demonstration am 29. August 2020 die Treppen des Reichstages

Was genau ist die „freiheitliche demokratische Grundordnung“ und inwiefern verstößt der Rechtsextremismus dagegen?

Die im **Grundgesetz** verankerte freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) umfasst die zentralen, für den demokratischen Verfassungsstaat konstituierenden Grundprinzipien. Hierzu gehören die Garantie der Menschenwürde, das Demokratieprinzip und das Rechtsstaatsprinzip.



1. Garantie der Menschenwürde

Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus als Ausdruck der rechtsextremistischen **Ideologie der Ungleichwertigkeit** sind nicht mit dem Prinzip der Gleichheit aller Menschen vereinbar. Rechtsextremist:innen zielen mit ihrer **diffamierenden und menschenfeindlichen Agitation** darauf ab, bestimmten Teilen der Gesellschaft die **Menschenwürde abzusprechen**.

2. Demokratieprinzip

Das Ziel aller Rechtsextremist:innen besteht darin, den demokratischen Rechtsstaat mit seiner pluralistischen Gesellschaftsordnung durch einen **ethnisch homogenen Staat oder eine Volksgemeinschaft** zu ersetzen. Das von ihnen vertretene autoritäre **Staatsverständnis** und das **antipluralistische Gesellschaftsverständnis** widersprechen der Gewaltenteilung, der Volkssouveränität, dem Schutz von Minderheiten oder dem Recht zur Bildung und Ausübung einer Opposition.

3. Rechtsstaatsprinzip

Die Errichtung eines **ethnisch homogenen Staates** würde dem Rechtsstaatsprinzip zuwiderlaufen, da beispielsweise die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt, die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte sowie das staatliche Gewaltmonopol abgeschafft würden.